

Der deutsche Imperialismus in bzw. gegen Polen – wieder.¹

Am gestrigen Freitag, 02. Dezember 2005, waren die Medien voll mit Berichten über den Antrittsbesuch der neuen deutschen Kanzlerin und ihrem Außenminister in Warschau.

In den Nachrichten auf B5² wurde Merkel mit der Aussage zitiert, das deutsch-polnische Verhältnis sei „so gut wie schon lange nicht mehr“³. Die „polnische“ Tageszeitung *Fakt*⁴ spricht sich für ein Zentrum gegen Vertreibung aus. Frau Merkel drängt auf „engere Zusammenarbeit“.

In den Abendnachrichten des ZDF wird der polnische Ministerpräsident wie folgt zitiert: „Polen ist an der Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen gelegen.“

Gründe für die unterschiedliche Einschätzung der deutsch-polnischen Beziehungen wurden in den o.g. Nachrichtenbeiträgen nicht direkt genannt. Es wurden aber beide Male die zwei großen aktuellen Themen im deutsch-polnischen Verhältnis erwähnt: Das Zentrum gegen Vertreibung und die geplante russisch-deutsche Erdgaspipeline durch die Ostsee, unter Umgehung Polens.

Die Hintergründe zu den beiden Themen und warum sie das Verhältnis der deutschen und polnischen Herrschenden belasten erwähne ich später.

Nicht nur für die herrschende Klasse und ihren Exekutivausschuss, die deutsche Regierung und ihre Diplomaten sind die deutsch-polnischen Beziehungen von Interesse. Auch und gerade für uns als demokratische Jugend in Deutschland ist das Wissen um die deutsch-polnischen Beziehungen relevant, zumal wenn wir planen, dieses Land zu bereisen, in dem unsere Großeltern eine Katastrophe ungeahnten Ausmaßes angerichtet haben.

Aber es besteht neben diesem ideellen noch ein anderer Zusammenhang zwischen unserer Lage als demokratische Jugend in Deutschland, der Lage der Menschen in Polen und unserem Verhältnis zueinander. Worauf ich raus will wird in folgendem Zitat aus dem Streitbaren Materialismus gut auf den Punkt gebracht:

„Die nationale Unterdrückung des polnischen Volkes und der Raub polnischen Territoriums stärkten die ökonomische Macht der deutschen Ausbeuter und damit die Herrschaft der Reaktion in Deutschland.“⁵

Wir sind es, die in der Verantwortung stehen, daß sich an der Herrschaft der Reaktion in Deutschland etwas ändert, damit sich an der Unterdrückung der lohnabhängigen Frauen und Männern in Polen etwas ändert. Um etwas zu verändern gilt es, seinen Gegner gut zu kennen.

„Know your enemy“ ist also das Motto und der Hauptfeind heißt: deutscher Imperialismus.

In diesem Sinne hoffe ich, daß der folgende Beitrag ein klein wenig Vorschub leisten kann, den deutschen Imperialismus, seine Strategien, Werkzeuge und Intrigen in Polen und Osteuropa besser kennen- und einschätzen zu lernen.

Ich beginne sinngemäß mit der Skizzierung der Handlungsspielräume der deutschen Außenpolitik:

Deutschland hat sich spätestens seit der Außenpolitik der rotgrünen Regierung für eine Strategie entschieden, in der es in „freundschaftlicher Konkurrenz“ mit Frankreich an der Spitze eines Kerneuropas steht. Dieses Kerneuropa dient dem Zweck, dem amerikanischen Imperialismus etwas entgegensetzen zu können. Die Europa-Strategien des deutschen Kapitals, mit denen Polen seit je her nicht nur wegen der geographischen Nähe aufs Engste verknüpft ist sind dabei allerdings nur vor globalem Hintergrund erklärbar. Die EU ist für Deutschland einerseits unverzichtbar, andererseits beklagen die deutschen Imperialisten, wie zuletzt Joseph Fischer, daß die wachsende Kluft im wirtschaftlichen Wachstum der kerneuropäischen Industrienationen und der v.a. osteuropäischen Nachrücker zu groß, also hemmend für die Idee eines „europäischen Großreiches“⁶ sei, wie sie auf der EU-Sicherheitskonferenz 2004 beschrieben wurde. Die wachsende Kluft zwischen Kerneuropa und seiner Peripherie führt dazu, daß sich das NATO-Mitglied Polen einerseits viel von der EU-Mitgliedschaft verspricht, andererseits spätestens seit der Beteiligung an der militärischen Intervention im Irak mit Deutsch-Europa-kritischen Staaten Bündnisse schmiedet, allen voran mit den USA. Ziel dieser Strategie der polnischen Herrschenden war die Herauslösung aus der ökonomischen Abhängigkeit zu Deutschland, das sich als wichtigster Handelspartner Polens etabliert hat. Über 30% der polnischen Exporte gehen nach Deutschland, fast ein Viertel der Importe kommen von dort. Für einen Größenvergleich: Deutschland importiert aus Belgien doppelt so viele

¹Referat gehalten am 03.12.2005 auf dem Vorbereitungswochenende für die FDJ-Winterschule in Polen 26.-31.12. 2005.

²„Bayern 5“, ein Nachrichtenradiosender des bayrischen Rundfunks

³B5 aktuell, 15:00 Uhr-Nachrichten

⁴„Fakt“ ist eine Publikation des deutschen Medienkonzerns „Axel Springer Verlag“

⁵Gentzen: „Eine historische Betrachtung der Oder-Neiße-Friedensgrenze.“ In: Streitbarer Materialismus Nr.14, Jan.1991

⁶Aus: „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, zitiert nach: Konkret 05/2004

Waren, wie aus Polen⁷. Zu den ökonomischen Daten aber später mehr.

Die neuen Mitgliedsstaaten der EU, mit denen Polen zusammen im Mai 2004 unter großem Popanz beigetreten ist, stellen faktisch das Armenhaus der EU dar. Das Pro-Kopf-Einkommen in diesen Ländern liegt 45% unter dem EU-Durchschnitt. Polen selbst stellte 2003 zwar die Hälfte der Wirtschaftleistungen dieser Länder, lag damit aber immer noch 50% unter der von Niedersachsen⁸.

Die EU-Osterweiterung ist, wie die EU-Verfassung selbst, ein originär deutsches Projekt. Sie ist Teil der deutschen Doppelstrategie, die 1994 auf der Sitzung der EU-Außenminister erstmals so formuliert wurde. Kinkel, als EU-Ratspräsident lud damals die Außenminister aus Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, der Slowakei und Tschechiens ein. Kohl lud die Staats- und Regierungschefs eben jener Länder dann auch umgehend zum EU-Gipfel einige Wochen später ein. Die anderen EU-Staaten betrachteten damals die Heranführung der osteuropäischen Länder mit begrenztem Enthusiasmus.

Das Vorgehen der deutschen Außenpolitik seit Kohl bekam dann zum Regierungswechsel Kohl-Schröder von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung den Namen „Erweitern und Vertiefen“ und die ausdrückliche Würdigung als „Kernstück deutscher Europapolitik“.

Diese Doppelstrategie trieb Fischer in den folgenden Jahren auch fleißig voran. Wie ihm das gelang, erläutert folgende Passage aus einem Konkret-Extra zur EU-Erweiterung:

„Das konnte nur funktionieren, weil das deutsche Kapital gleichzeitig eine schon beinahe totalitäre Dominanz in Osteuropa aufbaute und weil dort ständig Tausende deutscher Berater, Stiftungsdirektoren, Wissenschaftler, Projektleiter, Verwaltungsexperten und Kulturfachleute unterwegs waren, die, formell oder informell, bewußt oder unbewußt, daran mitarbeiteten, die jungen Staaten im deutschen Sinne EU-kompatibel zu machen. Vor diesem Hintergrund mußte die Berliner Forderung nach einer Erweiterung der EU als das Verlangen gelesen werden, der wirtschaftlichen und ideologischen Vorherrschaft nun eine politische und auch eine rechtliche Entsprechung zu geben. Während die – innerhalb der EU lange umkämpften – Erweiterungspläne den territorialen Rahmen einer europäisch verbrämten deutschen Regentschaft über Osteuropa absteckten, nutzten Fischers Leute die sympathisch klingenden Begriffe „Vertiefung“ bzw. „Integration“, um die staatliche Souveränität der europäischen Länder in Frage zu stellen.“⁹

Für die osteuropäischen Beitrittskandidaten stellte sich die Situation nun so dar, daß sie einerseits in ihrem Innern eine Masse an eben genannten zivilen Einrichtungen, Funktionsträgern usw. im Interesse Deutschlands hatten, andererseits aber auch von Deutschland via Brüssel aufgefordert waren, die EU-Standards in Fragen der Staatsführung bzw. der Strukturierung der Wirtschaft einzuhalten.

Im Wesentlichen bedeutete dies: Dezentralisierung der Wirtschaft, also Privatisierung und Entstaatlichung der Betriebe, Auflösung landwirtschaftlicher Betriebe und in der Folge wachsende Auslandsverschuldung.

Nun sieht man in Berlin die neuerliche Bindung Warschaws an die USA nicht allzu gerne, braucht man Polen doch für die weiteren Ostexpansionspläne. So bemüht sich Berlin im vergangenen Jahr zusehends um eine Neubelebung eines deutsch-polnischen Bündnisses, um über Warschau seinen Einfluss auf die Ukraine und Belarus zu vergrößern.

„Die östlichen Nachbarstaaten der EU seien „ein originäres Interessengebiet der Polen, in dem sie sich auch auskennen“, erklärte jetzt die Polen-Beauftragte der Bundesregierung, Gesine Schwan: Eine deutsch-polnische Kooperation in der Osteuropapolitik wäre „ein enormer Fortschritt“. Beobachter vermuten, Frau Schwan suche damit Warszawa aus der Zusammenarbeit mit Washington zu lösen und in die deutsche Ostpolitik einzubinden. Nach Auffassung der Berliner Polen-Beauftragten zeichneten die Ostpolitik Deutschlands und Polens zwar „noch unterschiedliche Akzente“ aus, aber dies müsse „ja nicht so bleiben“.¹⁰

Einen Vorgeschmack, auf das, für was der deutsche Einfluß in Polen so erhalten soll gab es dieses Jahr im Juni, im Rahmen der deutschen Subversion in Weissrußland, die auf den Sturz des Staatspräsidenten Alexander Lukaschenko abzielte. Die Bertelsmann-Stiftung hatte bereits im Februar ein Strategiepapier für einen Machtwechsel in Minsk veröffentlicht: Man plante subversive Radiostationen u.a. in Polen aufzubauen und zu finanzieren.¹¹

So zeigt sich, daß Deutschland mehr will, als die Führung in der EU und die wirtschaftliche Unterwerfung der osteuropäischen Nachbarstaaten.

Polen hat einen Trumpf gegen den deutschen Imperialismus in der Hand und das ist seine strategisch günstige Lage. Ein Polen als treuer Bündnispartner wäre neben dem ökonomischen Aspekt auch in geostrategischer Hinsicht von

⁷Rainer Trampert: „Von der Ohnmacht zur Weltmacht“ in Konkret 05/2004; S.38
⁸Ebda.

⁹Schröder, Ralf: „Stationen eines Feldzugs“ in Konkret 05/2004; S.36

¹⁰German Foreign Policy, Jan 2005

¹¹<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/53732>

Bedeutung: Als logistischer Korridor auf einer Achse Berlin-Moskau. Durch die Hinwendung Polens an die USA hat man in Berlin entsprechende Alternativen aufgetan, um den Ausbau der deutsch-russischen Handelswege nicht zu gefährden. Russland ist nicht zuletzt wegen seines Erdgas-Vorkommens attraktiv für den deutschen Imperialismus. Der Bau der Erdgas-Pipeline durch die Nordsee unter Umgehung Polens kann als ein Ergebnis der polnischen „Untreue“ zum deutschen Imperialismus betrachtet werden.

Ein weiterer Aspekt, warum Polen für die deutschen Imperialisten wichtig ist wurde eben schon genannt: zivile, also v.a. ökonomische und politische Ostexpansion über Warschau.

Neben den offiziell-staatlichen Institutionen der deutschen Außenpolitik läuft ein wesentlicher Teil des Polen-Feldzugs nach 1990 über die rege Arbeit von privaten, häufig staatlich geförderten *Vorfeldorganisationen*.

Ohne zu sehr in historische Details abdriften zu wollen, sollten an dieser Stelle die rechtlichen Grundlagen für die deutsch-polnische Nachbarschaft kurz erwähnt sein. Auch, um nachher einschätzen zu können, wie sich die Politik der Vorfeldorganisationen vom existierenden juristischen Rahmen löst.

Der Warschauer Vertrag von 1972 legt die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens fest. Am selben Tag, an dem der Bundestag den Vertrag ratifiziert hatte, veröffentlichte er eine Erklärung, die dem Grenzvertrag den Charakter eines Friedensvertrages absprach und eine „einvernehmliche Änderung der Grenzen“ offen lies.¹² Beim Bundesverfassungsgericht liest sich das 1975 dann so:

„Die östlich der Oder und Neiße gelegenen Gebiete wurden Ende des Krieges nicht durch die Siegermächte annektiert. Wir gehen daher von dem Grundsatz aus, dass unter dem Gesichtspunkt des internationalen Rechts eine deutsche territoriale Einheit in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 noch immer gültig ist.“¹³

1991 schlossen die Bundesrepublik Deutschland und Polen den Deutsch-Polnischen Grenzvertrag, in dem sie die Oder-Neiße-Linie endgültig als „unverletzliche“ Grenze festlegten¹⁴.

Wie ernst es Kohls Parteifreunde mit der Anerkennung dieser „Unverletzlichkeit“ meinten unterstreicht Hartmut Koschyk, CDU-Mitglied und BdV-Generalsekretär am 17. Okt. 1991:

„Die Volksrepublik Polen besitzt über die Gebiete östlich von Oder und Neiße keine territoriale Souveränität, sondern lediglich Gebietshoheit.“

Die Prinzipien und Ebenen der nicht bzw. substaatlichen Interventionen und Subversionen durch die Vorfeldorganisationen können hier nur grob umrissen werden. Sie finden allerdings nicht nur in Polen Anwendung, sondern sind tragendes Element der deutschen Osteuropa-Politik allgemein.

Minderheitenpolitik:

Einer wesentlichen Strategie der deutschen Osteuropapolitik liegt die Taktik zugrunde, das Nationalitätenverständnis weg von einem aufgeklärt-republikanischen hin zu einer ethnisch begründeten, völkischen Rechts- und Gerechtigkeitsauffassung zu transformieren.

Ihren Niederschlag findet diese Taktik in der konkreten Schaffung, Pflege und Unterstützung von vermeintlich „deutschstämmigen“ Minderheiten in den Osteuropäischen Ländern.

Völkisch-nationalistische Kreise und Revanchisten erweisen ihr da auf nicht-staatlicher Ebene einen Bärenienst durch seit 1945 kontinuierlicher Wühlarbeit in Minderheiten- oder sog. Vertriebenenfragen.

Als private Institutionen seien hier nur einige beispielhaft genannt:

12, „Die Vertragsparteien bestätigen darin die auf der Potsdamer Konferenz zwischen den Siegermächten vereinbarte Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens. Die beiden Länder bekräftigen, dass ihre Grenzen unverletzlich sind und sie verpflichtet sind, keine Gebietsansprüche zu erheben. Außerdem bekennen sie sich zur Gewaltfreiheit im Sinne der Vereinten Nationen.

Der Vertrag war auf bundesdeutscher Seite einer der Ostverträge, mit denen im Rahmen der neuen Ostpolitik eine Entspannungspolitik betrieben wurde.

Innenpolitisch war er höchst umstritten. Die CDU/CSU-Opposition warf Bundeskanzler Brandt vor, dass er deutsche Interessen preisgebe und die Bundesrepublik vor Abschluss eines Friedensvertrages gar nicht berechtigt sei, auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie zu verzichten.“

aus: http://de.wikipedia.org/wiki/Warschauer_Vertrag_%281970%29

13 Bundesverfassungsgericht, 7. Jul. 1975

14, „Wie im Zwei-plus-vier-Vertrag im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten festgelegt, bestätigte das Abkommen die im Görlitzer Vertrag mit der DDR sowie im Warschauer Vertrag mit der damaligen Bundesrepublik als Westgrenze Polens anerkannte Oder-Neiße-Grenze als unverletzlich. Weiterhin verpflichteten sich beide Staaten, die staatliche Souveränität und territoriale Integrität des jeweils anderen uneingeschränkt zu achten und gegenseitig keinerlei Gebietsansprüche zu erheben – Formulierungen, die in erster Linie auf die Ostgebiete des Deutschen Reiches abheben.“

aus: http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsch-Polnischer_Grenzvertrag

Medienbereich:

- Die "Stiftung Deutsche Sprache": sieht ihre Aufgabe darin, "Schutz" vor dem "englisch-deutsche(n) Kauderwelsch" zu schaffen, "das sich im sprachlichen Alltag eingenistet hat". Sie kämpft nach eigener Aussage dafür, dass "das Deutsche als Arbeitssprache der Europäischen Union nicht länger zurückgesetzt und unterdrückt wird".¹⁵

- der "Verein Deutsche Sprache" und

- der "Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland" - bis 1998 "Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA):. fördert unter dem Etikett "Minderheitenpolitik" seit seiner Gründung als "Allgemeiner Deutscher Schulverein" im Jahr 1881 das "Bekenntnis" zum "deutschen Volkstum". Während des Zweiten Weltkriegs zeitigte dies mörderische Konsequenzen: Mitglieder und Funktionäre des VDA beteiligten sich in den von Deutschland besetzten polnischen und sowjetischen Gebieten aktiv an der nationalsozialistischen Eindeutschungs-, Selektions- und Vernichtungspolitik¹⁶.

Zwischen 1990 und 1998 erhielt der VDA 213 Millionen Mark vom Bundesinnenministerium.

Europäisches Zentrum für Minderheitenfragen:

Das EZM wurde in den 90er Jahren mit jährlich 40 Millionen Mark aus dem Bundeshaushalt gesponsert. Aufgabe ist neben der "Entwicklung und Förderung eines europäischen Minderheiten- und Volksgruppenrechts, das den Erfordernissen der deutschen Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa entspricht" das Aufspüren von "Minderheiten". Da man die nicht am Straßenrand findet werden sie häufig einfach unter z.T. rassistischen und völkischen Gesichtspunkten konstruiert und dann versucht, deren völkisches Selbstbestimmungsrecht durchzusetzen. Ziel und Konsequenz dieser Politik ist die Auflösung sogenannter Vielvölkerstaaten und ein Machtzuwachs für Deutschland gegenüber den übrigbleibenden Klein- und Kleinststaaten, wie man am Beispiel Jugoslawiens sehen konnte. Selbstverständlich ist Deutschland dabei aufgerufen, sich um die deutschstämmigen Minderheiten besonders zu kümmern. Auf diesem Weg züchtet man sich loyale „Fünfte Kolonnen“.

„Institut für Auslandsbeziehungen“ (IfA):

Das vom Auswärtigen Amt finanzierte „Institut für Auslandsbeziehungen“(ifa/Stuttgart-Berlin) assistiert osteuropäischen Germanisierungs-Aktivistinnen. Das „ifa“, eine sogenannte „Mittlerorganisation“ der deutschen Außenpolitik, ist u.a. in Polen tätig, wo „ifa-Assistenten“ beim „Schlesischen Wochenblatt“ Medienarbeit betreiben. Die Zeitung leitet polnische Interessenten beim Erwerb eines deutschen Passes an, der die ausländischen Staatsbürger deutscher Hoheit unterstellt. Die nach blutlichen Abstammungsmerkmalen organisierte Eindeutschung stützt sich u.a. auf die „Deutsche Volksliste“. Urheber der „Volksliste“ war der „Reichsführer SS und Reichskommissar für die Festigung des Deutschen Volkstums“, Heinrich Himmler. Das „Schlesische Wochenblatt“ ist nach eigener Aussage „die auflagestärkste Zeitung in Polen, die sich überwiegend an deutschstämmige Personen richtet“¹⁷

Das IfA wird vom Auswärtigen Amt finanziert.

Europäisches Netzwerk gegen Vertreibung:

An dem „Europäischen Netzwerk gegen Vertreibungen“, dessen Gründung in Warszawa einem ausdrücklichen Wunsch der Berliner Außenpolitik entspricht, beteiligen sich fünf Staaten (Deutschland, Österreich, Ungarn, Polen, Slowakei). Drei dieser Träger gehören zu den Aggressoren des Ersten Weltkriegs (Deutschland, Österreich und Ungarn), die in den Pariser Friedensverträgen verschiedene Gebiete abtreten mussten, in den 1920er und 1930er Jahren um Territorialrevisionen bemüht waren sowie vor und während des Zweiten Weltkriegs die einst abgetretenen Gebiete annektierten. Dass diese Annexionen 1945 rückgängig gemacht wurden und mit Umsiedlungsmaßnahmen verbunden waren, wollen die drei Staaten nun zu „Unrecht“ erklären. Die Regierung der Tschechischen Republik verweigert sich dem Vorhaben, nachdem sie vergeblich versucht hat, Berlin zur Erweiterung des staatlichen Trägerkreises zu bewegen. Berlin lehnt es ab, das „Netzwerk“ auch für die Garantiemächte des Potsdamer Abkommens zu öffnen.¹⁸

Bund der Vertriebenen (BdV):

und seine Stiftung „Zentrum gegen Vertreibung“ in Berlin

Der BdV als der Dachverband diverser Vertriebenenorganisationen existiert seit 1957. Vom Tag seiner Gründung an bzw schon seine Vorläuferorganisationen stellten ein Sammelbecken für ehemalige NSDAP-Mitglieder, Nazis und rechtskonservative Revanchisten dar. Der BdV stand von Beginn an personell wie

¹⁵<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/54717>

¹⁶s. dazu: Walter v. Goldendach/Hans-Rüdiger Minow: "Deutschtum erwache!" Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus, Berlin 1994

¹⁷<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/48532>

¹⁸<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/50774>

politisch der CDU nahe, die in den ersten Nachkriegsjahren ebenfalls als Auffangbecken für ehemalige Nazis fungierte. Man sollte meinen, das Problem der Vertriebenen sollte sich in den letzten Jahren zusehends biologisch gelöst haben, dem ist aber nicht so. Der BdV hat heute immer noch etwa 2 Millionen Mitglieder.

Doch nicht nur die CDU und v.a. CSU küngeln gern mit Erika Steinbachs Berufsvertriebenen. Seit dem Machtantritt von Rot-Grün 1998 bekommt der BdV sogar noch mehr Mittel vom Bundesministerium des Inneren und aus anderen Haushalten des Bundes.

Zum BdV gäbe es viel zu sagen, über seine zweifelhafte Geschichte zu skizzieren und seine Rolle in den Intrigen der deutschen Osteuropapolitik gebührend aufzuzeigen, wäre ein eigenes Referat zum BdV fällig.

„Preußische Treuhand“:

Im Dezember 2000 gründeten die Landsmannschaften Schlesien, Ostpreußen und die pommernsche Landsmannschaft, sowie Einzelpersonen aus dem BdV die „Preußische Treuhand GmbH & Co. KG“ Die Preußische Treuhand will die neuen Rahmenbedingungen, die sich durch den EU-Beitritt Polens ergeben nutzen, um nach eigenen Angaben „Ansprüche auf Grundeigentum und andere Vermögenswerte in den preußischen Provinzen jenseits von Oder und Neiße“¹⁹ enteigneter Flüchtlinge und sogenannter „Vertriebener“ geltend zu machen.

Sie versucht also, die auf Grundlage des Potsdamer Abkommen und nationaler Dekrete nach 1945 enteigneten Besitztümer von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten durch gebündelte Gerichtsklagen oder Rückkauf zurückzubekommen.

Neben dem moralischen Skandal, die Verbrechen der Vertriebenen auszublenden lauert hier ein politischer.

*„Wir wollen Polen nicht vernichten, sondern dieses Problem gerecht lösen. Die Deutschen haben bereits Wiedergutmachung geleistet und eine Entschuldigung wegen des von ihnen begangenen Unrechts ausgesprochen. Die Vertriebenen erwarten dasselbe.“*²⁰

sagt Rudi Pawelka, der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien.

Auch hier wird die von BdV bis SPD und Grüner Partei einheitliche Strategie einer Rehabilitierung deutscher Ansprüche in ehemaligen und neuen Ländereien vorwärts getrieben. Zwar distanziert sich Erika Steinbach, die BdV-Vorsitzende vom Vorgehen der „Preußischen Treuhand“, andererseits unterstützen hochrangige BdV-Funktionäre sie.

Die Signale, die ein derart dreistes Vorgehen sendet sind in Polen längst angekommen. Boguslaw Majewski, Sprecher des polnischen Außenministeriums erklärte, er nehme „*beunruhigende Signale*“ wahr, wonach Deutschland sich zunehmend als Opfer des Zweiten Weltkrieges verstehe. Schließlich sei polnisches Eigentumsrecht aber Folge der Kapitulation des Dritten Reiches und der Entscheidung der Alliierten, so daß den Vermögensklagen der „Preußischen Treuhand“ von Experten keine Chancen eingeräumt werden.

Dennoch: Diese chauvinistischen Ansprüche, die eine Bundesregierung auf diplomatischem Parkett niemals formulieren dürfte, finden auf diesem Wege ihren Empfänger: Die polnische Regierung.

Seit dem Regierungswechsel in Polen im September und dem Antritt einer Mitte-Rechts-Regierung²¹ konterkariert die polnische Bourgeoisie – im Grunde berechtigt – die Ansprüche deutscher Vertriebenenverbände.

„*Sowohl die deutschen Entschädigungsforderungen als auch das in Berlin geplante Zentrum gegen Vertreibung müssen vom Tisch*“, sagt Lech Kaczynski, polnischer Staatspräsident²². Gegenüber manchen Ländern sei es schwierig, nur mit der Methode des Lächelns und Kopfnickens Politik zu machen fügte er hinzu.²³

Worauf zielt die Strategie der deutschen Minderheitenpolitik nun ab?

Ich zitiere Stefan Eggerdinger aus seinem Buch „Die Ostexpansion der BRD“ von 1994:

19Zit. nach: Konkret 04/2004 S.33

20Zit. nach: Konkret 11/2003 S.31

21die Linksliberale Vorgängerregierung hat eine Konfrontation in der Vertriebenen-/Entschädigungsfrage mit der Bundesregierung weitestgehend vermieden.

22Zit nach: Konkret 12/2005 S.22

23Ebda.

„Ich erinnere an die unselige und unsägliche Rolle der deutschen Minderheiten in Osteuropa, die wie einst die Sudetendeutschen die Rolle des trojanischen Pferds spielen sollen und immer besser spielen. Zunächst hatten die den neuen deutschen Nationalismus falsch verstanden und wollten alle in die BRD kommen. Das hat man ihnen schnell ausgetrieben und spätestens bis 1992 wird alles dafür getan, die Sudetendeutschen, die Schlesier, die Russlanddeutschen und viele andere mehr als fünfte Kolonne in ihren jeweiligen Aufenthaltsländern zu halten. (Seit 1992 gibt es staatliche bundesdeutsche Förderprogramme speziell für Schlesier, die sich bereit erklären, in Polen zu bleiben, und der entsprechende Etat für die Russlanddeutschen wird ständig aufgestockt.)“²⁴

Die Gemeinsamkeit all der eben erwähnten Organisationen liegt darin, daß dort wo die Bundesrepublik sich den Vorwurf der Einmischung in innere Angelegenheiten gefallen lassen müßte, es die "privaten" Verbände leichter haben bei der Unterstützung deutscher Volksgruppen.

Sie bereiten so aktiv den Boden für die Ausdehnung deutschen Einflusses vor allem in Osteuropa vor. Das Zusammenspiel der Politik der Bundesregierung mit den Aktivitäten der Verbände zeigt sich nicht nur in der großzügigen Finanzierung, sondern auch in personellen Verflechtungen. Samuel Salzborn listet in seinem Beitrag in der *Jungle-World* 47/97²⁵ eine ganze Reihe von Ministerialbeamten des Bundesinnenministeriums (BMI) auf, die in ihrer Freizeit für die Volkstumsverbände tätig sind und quasi hauptberuflich im Innenministerium über die Zahlungen entscheiden.

Hier schließt sich dann der Kreis von der substaatlichen zur staatlichen Ebene:

Laut Samuel Salzborn ist übrigens das *Bundesinnenministerium* durch die Zahlungen an diverse Vorfeldorganisationen auch direkt außenpolitisch aktiv. Es hat von 1990 bis 1997 für die "deutsche Minderheit" in Polen über 175 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Mit dem Geld wurde vor allem die Förderung der deutschen Sprache finanziert.²⁶

Letztendlich soll nicht verschwiegen werden, daß auch die Minderheitenpolitik ein Beispiel für die Kontinuitäten im deutschen Imperialismus ist, wie sich an folgendem Zitat vom Reichsführer SS Heinrich Himmler zeigt:

„Bei der Behandlung der Fremdvölkischen im Osten müssen wir darauf sehen, so viel wie möglich einzelne Völkerschaften anzuerkennen und zu pflegen, also neben den Polen und Juden die Ukrainer, die Weissrussen, die Goralen, die Lemken und die Kaschuben. Wenn sonst noch irgendwelche Volkssplitter zu finden sind, auch diese“²⁷

Siemens, Daimler, Deutsche Bank...

In der Frage der Ostexpansion deutscher Konzerne, des Kapitalexports, gilt es zwei Methoden zu differenzieren. Erstens die ausländischen Direktinvestitionen, unter die auch die Umtriebe der Banken zu subsummieren sind und zweitens das Leihkapital.

„Kapitalexport, das ist die imperialistische Verwendung vergangener Arbeit dazu, Arbeiter in anderen Ländern auszubeuten – oder eben auch auf die Straße zu werfen und hungern zu lassen.“²⁸

Dennoch: Kapitalexport ist hauptsächlich ein Kampfmittel der Imperialisten untereinander. Man exportiert Kapital vor allem in hochentwickelte imperialistische Länder, um die Position der imperialistischen Konkurrenz zu untergraben.

Daß der Anteil der imperialistischen Länder als Ziel deutscher Auslandsinvestitionen von 90% im Jahr 1990 auf 85% im Jahr 1996 sank erklärt sich durch die verstärkten Investitionen in osteuropäische Länder, um sich eine günstige Stellung um die Vormacht in Osteuropa zu sichern.

Hier führt der dt. Imperialismus. Im Jahre 1999 gibt die deutsche Bundesbank an, daß von 36,5 Mrd \$ Direktinvestitionen nach Osteuropa 30% auf Deutschland entfallen. (USA auf Platz 2 mit 16%). Kein anderes imperialistisches Land lenkt einen so hohen Anteil seines Kapitalexports (13%) nach Osteuropa.

24 Eggerdinger, Stefan: *„Die Ostexpansion der BRD“*, München 1994

25 Salzborn, Samuel in: *„Deutsche Innenpolitik in Polen“*, in: *Jungle World* #47, 18.11.1997

26 Salzborn, Samuel in: *„Deutsche Innenpolitik in Polen“*, in: *Jungle World* #47, 18.11.1997

27 Eggerdinger, Stefan: *„Die Ostexpansion der BRD“*, München 1994

28 Eggerdinger, Stefan: *„Ergebnisse von Frieden und Krieg“*, Streitbarer Materialismus 24, Mai 2001; S.46

In Polen kontrolliert das deutsche Kapital 180 große Firmen und ist größter Investor vor den USA und Frankreich.²⁹

Polen liegt damit in seiner Bedeutung für deutsche Investoren mit großem Abstand vor den anderen Mittel-Osteuropa-Staaten inklusive Russland.³⁰ Deutsche Konzerne sind darüber hinaus auch führende Warenlieferanten, nicht nur in Polen mit einem Anteil von je 24,2% bzw 30%³¹ am Import bzw. Export sondern auch in mehr als einem Dutzend weiteren Mittel-Osteuropäischen Staaten.³²

So viel ökonomische Einflußnahme will ideologisch untermauert sein: Westeuropäische Pressekonzerne nehmen einen Marktanteil von über 80% in der polnischen Presselandschaft ein. Allein 2/3 davon sind deutsche Medienfirmen wie Bertelsmann, der Bauer-Verlag, Burda und ganz vorneweg Springer, der mit seiner polnischsprachigen Bild-Zeitung „Fakt“ mit einer Auflage von etwa 550000 Exemplaren den Markt der überregionalen Tageszeitungen anführt³³. Die führende polnische Tageszeitung „Gazeta wyborcza“ hat eine um gut 6% geringere Auflage mit 516 000 Exemplaren.³⁴

Die erste Variante des Kapitalexports sind die ausländischen Direktinvestitionen:

Ausländische Direktinvestitionen sind Kapital, das entweder zum Aufbau von Fabriken, also der Erhöhung des Reichtums der Länder dient oder zum Aufkauf vorhandener Betriebe, die dann ausgeschlachtet oder stillgelegt werden, also bestenfalls den Reichtum der Länder nicht nur nicht erhöht, aber meist vernichtet.

Die ADI konzentrieren sich im Wesentlichen auf die ehemaligen Staatsbetriebe. So zumindest in den 90er Jahren als in Mittel-Osteuropa Ausverkaufsstimmung herrschte. Seit 2000 sinkt das Interesse ausländischer Investoren.

Bemerkenswert ist, daß aus verschiedenen Gründen, wohl hauptsächlich weil kaum nationale Konkurrenz den deutschen Kapitalisten etwas entgegenzusetzen hatte, die Kapitalströme in die Osteuropäischen Länder in den 90er Jahren gemessen an den Summen, die in andere Industrienationen flossen, relativ gering waren. Der Kapitalexport in die osteuropäischen Länder betrug Ende der 90er Jahre weniger als 1% der gesamten Bruttoanlageinvestitionen der europäischen Imperialisten. Im Falle Polens im Jahr 1999 nur 6,6 Mrd. US\$. Im Jahr 2003 betrug die deutschen Auslandsinvestitionen 8,4 Mrd. US\$.

Übrigens sorgt der deutsche Staat als ideeller Gesamtkapitalist höchstpersönlich dafür, daß den deutschen Investoren in Polen die Scheu vor der Ostexpansion durch Risikominimierung genommen wird. Dazu später mehr.

Zunächst noch kurz ein paar Sätze zur Frage der Banken.

Lenin handelt in seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ von 1917 ausführlich die Rolle der Banken in einem eigenem Kapitel ab.

Er zeigt dort auf, daß im Imperialismus das Bankenkapital und das Industriekapital verschmolzen sind zum Finanzkapital.

Ich möchte an dieser Stelle nur ganz kurz skizzieren, wie es um das Bankenwesen in Polen bestellt ist, da der Bankensektor wie gesagt zu den ausländischen Direktinvestitionen zu zählen ist.

Die staatlichen und hochkonzentrierten Banken der osteuropäischen Staaten waren und sind heißbegehrte Objekte der westeuropäischen Kapitalisten.

Früher hieß es „Hinter jedem deutschen Tank läuft einer von der Dresdner Bank“. Heute laufen die Bankiers vor den Panzern. Es hat kaum 10 Jahre gedauert und in Polen gehören die Banken zu 77% dem Ausland.

Allein die Deutsche Bank verfügt derzeit über 32 Filialen in Polen, diese Zahl soll bis 2008 verdoppelt werden.³⁵

Was wollen die dort? Mitsprache bei Umstrukturierung des Finanzsektors, Entstaatlichung und Privatisierung vorantreiben, Entscheidungen z.B. bei der Vergabe von Staatsanleihen mit fällen. Aber sie wollen vor allem eins: Vor der ausländischen Konkurrenz den Fuß in der Türe haben.

Im Zuge der Ostexpansion der Deutschen Bank zeigte sich aber auch, daß hier mit allerlei schmutzigen Tricks gekämpft wird: „Die Deutsche Bank hatte versucht, sich über ein ganzen Strohmännerkonsortium unter Führung

²⁹Eggerdinger, Stefan: „Ergebnisse von Frieden und Krieg“, Streitbarer Materialismus 24, Mai 2001; S. 49

³⁰Jahrbuch 2000/20a01, S. 211: Mittel und Osteuropa Perspektiven. Hgg. Von Manager-Magazin, Rödl&Partner, FAZ-Institut. Ffm./Hamburg/Nürnberg 2000, 148, 150

³¹Im Jahr 2004

³²Jahrbuch 2000/2001, S. 13 und verschiedene Abschnitte: „Mittel und Osteuropa Perspektiven“. Hgg. Von Manager-Magazin, Rödl&Partner, FAZ-Institut. Ffm./Hamburg/Nürnberg 2000a

³³„Man liest deutsch“ in: Junge Welt, 03.11.2005

³⁴Jahrbuch 2005 / Spiegel Online

³⁵gfp, 02.09.2005

einer Gdanker Bank eine Beteiligung am größten polnischen Versicherer PZU zu sichern, worauf der polnische Staat versuchte, das Geschäft aufzuhalten; der Ausgang war zur Jahreswende 2000/2001 noch ungewiß“ schreibt die Neue Zürcher Zeitung am 15.11.2000³⁶

Ich habe diesbezüglich dann eine aktuellere Meldung der polnischen Nachrichtenagentur PAP auf German-Foreign-Policy gefunden: „Die versuchte Übernahme der Big Bank Gdanski Ende 2000 ist gescheitert. Anfang 2005 werden Vorwürfe Polnischer Medien laut, die Deutsche Bank habe Schmiergelder in Höhe von 6,5 Millionen Dollar an zwei polnische Strohmänner gezahlt.“³⁷

Im Zuge des Übernahmeversuchs gab es vor dem Gebäude der deutschen Bank in Warschau eine Demonstration. Die Demonstranten riefen: *„Ihr seid die Erben Nazi-Deutschlands. Ihr habt nur Eurer Antlitz verändert. Nieder mit der Europäischen Union.“³⁸*

Die zweite Form des Kapitalexports läuft unter der Kategorie Leihkapital:

Die Investitionen, also der Kapitalexport in osteuropäische Staaten wie Polen wird uns immer wieder versucht, als etwas segensreiches anzubiedern. Auf den ersten Blick möchte man meinen, es wäre zu beiderlei Vorteil, wenn Geld nach Polen fließt. Auf den zweiten Blick merkt man jedoch, daß unter dem Strich für die „beglückten“ Länder nichts übrig bleibt. Sie werden ärmer und ärmer, da das Geld leider kein Geschenk ist, sondern neben den Direktinvestitionen v.a. ganz ordinäre Kredite darstellt, die entsprechend verzinst werden müssen.

Aus verschiedenen Gründen³⁹ haben die Osteuropäischen Länder spätestens seit 1990 große Auslandsschulden angehäuft. Das Problem der Auslandsschulden im Vergleich zur inneren Verschuldung ist, daß sie nicht die Verschuldung der Gesellschaft bei sich selbst darstellen, sondern eine reale, tatsächliche Übertragung gesellschaftlichen Reichtums an andere, die Imperialisten, darstellen.

Als Polen im Jahr 1981 14 Milliarden DM Schulden beim deutschen Imperialismus hatte, bezeichnete der damalige Kanzler Schmidt die „Wirtschaftshilfe“ für Polen als Bestandteil des deutschen Kriegsetats.⁴⁰ 1989 hatte Polen insgesamt 39 Milliarden Dollar Auslandsschulden, die bis zum Jahr 2000 auf 65 Milliarden stiegen. Das entspricht 34% des sogenannten Bruttoinlandsprodukts.⁴¹

2003 beträgt die Bruttoauslandsverschuldung 82,3 Mrd.€ (entspr. 44,38% des BIP 2003), 2004 stieg sie nochmal auf 94,1 Mrd.€⁴² (entspr. 48,2% des BIP 2004)⁴³

Dennoch ist bereits seit spätestens Mitte der neunziger Jahre der Fluß von Leihkapital in die osteuropäischen Länder rückläufig. Die Situation heute zeigt, daß mehr an Zins und Tilgung aus diesen Ländern herausfließt, als hineingesteckt wird.

Zum Beispiel ist bereits seit 1993 der Nettotransfer des IWF nach Osteuropa negativ. Das Beispiel Polen im Jahr 1999 zeigt, daß Polen mit seiner damaligen Verschuldung von 65 Mrd. US\$ schätzungsweise das dreifache seiner erhaltenen Direktinvestitionen für Zinszahlungen aufwenden mußte.

Was bedeutet all das für die polnische Arbeiterklasse?

Die Weltbank stellt fest, daß in Osteuropa inklusive der ehemaligen Sowjetunion 1988 nur 2% der Menschen unter der Armutsgrenze⁴⁴ lebten, zehn Jahre später waren es 20%. Für Polen gibt die UN 1998 16,9% an⁴⁵.

Die Osteuropabank fasst die Lage in den osteuropäischen Ländern im Jahr 2000 wie folgt zusammen: Bittere Armut, hohe Arbeitslosenzahlen und Verlust der Qualifikation der Arbeitskraft (dazu später mehr). Andere Statistiken sehen die Lage noch drastischer, dort wird z.B. die Zahl der Menschen unter der Armutsgrenze mit 40% beziffert⁴⁶.

Bürgerliche Statistiken geben die Durchschnittliche Arbeitslosigkeit in Osteuropa im Jahr 2001 mit 14,6% an. In Polen lag die Arbeitslosenrate 2003 bei 20,0% (entspr. 3.175.700 Erwerbslosen) und 2004 bei 19,1% (entspr.

1.36Zit. Nach: Eggerdinger, Stefan: „Ergebnisse von Frieden und Krieg“, Streitbarer Materialismus 24, Mai 2001; S.55

2.37Das Kreditinstitut habe ebenso wie einer der verdächtigten Manager keinen Kommentar dazu abgeben wollen, berichteten die Tageszeitung "Rzeczpospolita" und der private Fernsehsender TVN. Hintergrund ist die letztlich gescheiterte Übernahme des inzwischen unter Bank Millennium firmierenden Kreditinstituts.

38Polnische Nachrichtenagentur PAP, 09.02.2000

39Aufhebung des Außenhandelsmonopols, Aufgabe der Vergesellschaftung bzw. des Internationalismus, Aufhebung der Planwirtschaft. Verarmung der Bevölkerung-> sinkende Kaufkraft und ungenügendes Steuerzahlerpotential->großzügige Subventionen an ausländische Kapitalisten (Steuerfreiheit etc.)

40 Zitiert nach: „Noch ist Polen nicht verloren.“ Kommunistische Arbeiterzeitung 198/199, München 1981, S. 15ff.

41 Hofbauer 2001; Juchler 2000, S. 191 / Hannes Hofbauer: „Westwärts rücken“. Konkret 2/01 / Jakob Juchler: „Zehn Jahre Transformationsprozeß in Polen.“ Osteuropa 2/2000, S. 189ff.

Das Jahrbuch 2000/2001 gibt die polnische Verschuldung mit „lediglich“ 52 Milliarden Dollar an

42Wirtschaftsdatenblatt Polen unter: <http://www.auswaertiges->

[amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=24&land_id=136](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=24&land_id=136)

43Eigene Berechnung

44Armutsgrenze im Sinne bürgerlicher Statistiken ist definiert als 50% des Durchschnittseinkommens im entspr. Land

45 „Economic Survey of Europe 2004“, United Nations Economic Commission for Europe, S.170

46Rupp: „Stumme Krise in Osteuropa“, Junge Welt 21./22.10.2001

2.999.600 Erwerbslosen)⁴⁷

Die Kapitalisten brüsten sich, in 10 Jahren in Osteuropa 438.000 Arbeitsplätze geschaffen zu haben. In Polen, Ungarn, Tschechien und Slowenien allein haben in den 90er Jahren 2,5 Millionen Menschen ihren bezahlten Arbeitsplatz verloren. *In Polen wurden allein im Jahr 1999 518 000 Arbeitsplätze vernichtet.⁴⁸ Bis 2003 wuchs in Polen die Zahl der Arbeitslosen über 17% im Vergleich zu 1980⁴⁹.*

Von öffentlichen Einrichtungen, also realem gesellschaftlichem Reichtum gar nicht zu reden. In der bürgerlichen Lesart heißt dieser Raubbau im öffentlichen Gesundheits- und Bildungswesen dann ganz harmlos „Nebenwirkung“:

„Die Wirtschaftsreformen in den Jahren 1990 bis 1993 zeichneten sich durch hohe Rezession, Inflation, den Einbruch der Steuereinnahmen und die Kürzung der Sozialausgaben des Staates aus. Diese „Nebenwirkungen“ der Transformation hatten negative Folgen für die sozialen Lebensbereiche wie Schulsystem, Gesundheitswesen und Kultur. Besonders betroffen von dem Strukturwandel ist die Landbevölkerung, weil die Anpassung der Landwirtschaft an das EU-Niveau sozialstrukturelle Reformen nötig macht, welche die Traditionen der polnischen Landstruktur verändern werden. Die 20 Prozent Erwerbstätigen in der Landwirtschaft, die jedoch nur 6,5 Prozent des BIP erwirtschaften, müssen eine höhere Produktivität erreichen. Dies wird einen Niedergang der kleinen Bauernhöfe zur Folge haben und die soziokulturelle Struktur des Landes verändern.“⁵⁰

Eben wurde erwähnt, daß die Qualifikation der Arbeitskraft in den osteuropäischen Ländern verschwindet. Das liegt daran, daß wie bereits erwähnt die nationale Industrieproduktion in den entsprechenden Ländern durch die ausländischen Investoren stillgelegt oder hin zur unqualifizierteren Zuarbeit umstrukturiert wird.

So betrug der Anteil von High-Tech-Produkten an den polnischen Exporten 2003/2004 nur etwas mehr als 1,5%.⁵¹

Man macht sich also jeweils die Vorteile des Standorts zueigen (niedrige Löhne, staatliche und EU-Subventionen), wobei das Augenmerk der ausländischen Investoren stets darauf liegt, den gesellschaftlichen Reichtum des entsprechenden Landes möglichst gering zu halten und die Entstehung bzw. Stärkung von nationalen Konkurrenten, also einer Bourgeoisie im entsprechenden Land, zu verhindern.

Ein Risiko gehen sie dabei nicht ein, sorgt doch der ideelle Gesamtkapitalist, also der deutsche Staat mit Garantieverträgen, sogenannten „Hermes-Bürgschaften“, dafür, daß im Falle eines Mißerfolgs die deutschen Steuerzahler, die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter für den Mißerfolg der Kapitalisten aufkommen.⁵²

Nun ist zwischen 1989 und 1995 die Industrieproduktion in Polen um 50% zurückgegangen.⁵³

Das Auswärtige Amt schreibt: *„Die Bruttowertschöpfung erfolgt inzwischen zu mehr als 50% im Dienstleistungssektor und nur noch zu 24% in der Industrie; weitere 7% entstehen in der Bauwirtschaft und 3% in der Landwirtschaft.“⁵⁴*

Wobei zu beachten ist, daß trotz des sehr geringen Anteils der Landwirtschaft 28% der Beschäftigten auf Höfen unter 10ha Größe tätig sind.

Die Zahlen des Auswärtigen Amtes schönen also die tatsächliche Entwicklung, daß einerseits mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen in den Dienstleistungssektor gedrängt wird und andererseits ein Teil der polnischen Landbevölkerung bereits zur Selbstversorgung übergegangen ist und in diesen Statistiken gar nicht mehr auftaucht.

Der neuerliche Einmarsch in Polen zeichnet sich vornehmlich dadurch aus, daß er, wie bisher aufgezeigt werden sollte, von ziviler (nicht zu verwechseln mit friedliebender) also ökonomisch-politischer Natur ist. Dennoch ist die Bundeswehr als Instrument deutscher Außenpolitik längst ganz außen vor und sie soll der Vollständigkeit halber in einem Referat über den deutschen Imperialismus in Polen genannt werden.

Deutsche Truppen sind seit 1999 wieder in Polen stationiert und es gibt neben Waffenlieferungen der Bundesregierung an Polen eine Zusammenarbeit auf verschiedenen militärischen Ebenen, wie ich gleich aufzeigen werde.

⁴⁷Wirtschaftsdatenblatt Polen: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=24&land_id=136

⁴⁸Juchler 2000, S. 191, Jakob Juchler: *Zehn Jahre Transformationsprozeß in Polen. Osteuropa 2/2000, S. 189ff.*

⁴⁹„Economic Survey of Europe 2004“, United Nations Economic Commission for Europe, S.193

⁵⁰Zitat aus: Weidenfeld „Europa-Handbuch“, 2002, Bundeszentrale für politische Bildung

⁵¹Eigene Berechnung nach Jahrbuch 2005 – Spiegel Online

⁵²Hermes Bürgschaft erklären: Konzern schließt Bürgschaft beim Staat ab und investiert in z.B. Polen. Falls polnischer Geschäftspartner / Staat nicht zahlen kann zahlt der deutsche Staat, also Steuerzahler.

⁵³Hofbauer, Hannes : „Wie groß ist Europa?“ *Volksstimme* 49/3.12.1998 / *Neue Zürcher Zeitung*, 5.2.2001;

Vaclav Vertelar: „Eine schockierende Bilanz.“ *UZ*, 29.10.1999

⁵⁴http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=12&land_id=136

Kurz vorweg, um einen Vergleich zu haben: Polens Truppenstärke beträgt insgesamt 163.000 Mann, die deutsche 264.000 Mann bzw. seit kurzem ja auch Frau. Trotz einer um 40% geringeren Truppenstärke verwendet Polen im Vergleich zu Deutschland 20% mehr seines Bruttoinlandsproduktes für den Militärhaushalt auf.⁵⁵

Ich will an dieser Stelle nur skizzenartig aufzeigen, wie die Bundeswehr am zivilen Polen-Feldzug teilnimmt:

1.) Im Jahr 1994 thematisierten die Verteidigungsminister von Dänemark, Deutschland und Polen zum ersten Mal eine vertiefte militärische Zusammenarbeit. Sie vereinbarten die Zusammenarbeit zwischen Verbänden und Divisionen ihrer Länder.

Die Entscheidung zur Aufstellung eines Korps wurde im Juli 1997 während des Treffens der VM von Dänemark, Polen und Deutschland beschlossen. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe der drei Länder gebildet, die die Aufgabe hatte, die Grundlagen für die Aufstellung des MNC N-E⁵⁶ bis zum NATO-Beitritt Polens im Jahr 1999 zu erarbeiten.

Die personelle Aufstellung des Korpsstabs begann am 18. September 1999 und war im Frühjahr 2000 abgeschlossen. Die dem MNC N-E zugeordneten Divisionen werden nur im Falle eines Einsatzes dem Korpsstab unterstellt. Außerhalb eines Einsatzes bleiben sie den jeweiligen Nationen unterstellt und sind an ihren nationalen Standorten stationiert.

- DEU 14. PzGren Division-Neubrandenburg 19.000
- DNK Jutland Division-Frederika 18.000
- POL 12. PzGren Division-Stettin 12.000

Dieses multinationalen NATO-Korps ermöglichte der Bundeswehr die langfristige Stationierung ihres entsprechenden Militärpersonals in Polen. Offizielles Stationierungsziel war die „Heranführung“ polnischer Verbände an die NATO. Den deutschen Militärinstrukteuren wurde ein dänischer Stabsteil beigegeben, der eine angebliche Unabhängigkeit von Berlin dokumentieren sollte.

Im Zuge dessen, daß die NATO zunehmend an Bedeutung verliert und mit der militärpolitischen Annäherung Polens an die USA begann nun im Laufe des Jahres 2004 auch der Zerfall des deutsch-dänisch-polnischen Militärbündnisses.

Polen und Dänemark haben begonnen, ihre Truppen schrittweise aus dem Korps abzuziehen und an die US-Streitkräfte für den Einsatz im Irak angenähert.

2.) Ende 2004 wurde zwischen Polen, Deutschland und der Slowakei eine Vereinbarung geschlossen, eine EU Battle Group aufzustellen, in der Polen die Lead Nation ist. Die Battle Group besteht aus ca. 1.500 Soldaten der beteiligten Nationen und ist dazu bestimmt, innerhalb einer nur kurzen Vorwarnzeit auch über große Entfernungen verlegt und eingesetzt zu werden. Die Einsatzbereitschaft soll bis 2009/2010 erreicht werden.

Zur Zeit laufen die Verhandlungen zwischen den Nationen über die konkrete Ausgestaltung dieser Battle Group.

3.) Zusammenarbeit 7. Panzer-Division und 10. Panzer-Kavallerie-Brigade:

Die mit dem deutschen Kampfpanzer Leopard ausgerüstete 10. POLPzKavBrigade, die in SWIETOSZOW stationiert ist, arbeitet sehr eng mit der in DÜSSELDORF stationierten 7. GEPzDiv zusammen. Es werden dazu jährlich eine Vielzahl von gemeinsamen Aktivitäten durchgeführt, damit diese Verbände in der Lage sind, gemeinsam eingesetzt zu werden.

Die Zusammenarbeit mit den Polnischen Landstreitkräften hat für das Deutsche Heer Priorität und findet insgesamt seinen Niederschlag in ungezählten gemeinsamen Aktivitäten zwischen Einheiten und Verbänden, die unmittelbar zwischen diesen abgesprochen und organisiert werden.

4.) Die Akademie für Nationale Verteidigung (AON)

Der Auftrag der AON ist die wissenschaftliche Ausbildung von einerseits militärischem und zivilem Führungspersonal. Andererseits ist die AON als allgemein anerkannte Universität Ausbildungsstätte für über 2000 zivile Studenten in unterschiedlichen Fachrichtungen und Studiengängen. Daneben wird Forschungsarbeit auf dem Gebiet "Nationale Sicherheit" geleistet und durch theoretische Grundlagenarbeit die polnischen Streitkräfte unterstützt.

⁵⁵Polen: Militärausgaben (am BIP): 1,8 %; BRD: Militärausgaben (am BIP): 1,5%

⁵⁶MNC N-E = Multi-National Corps North-East

Die AON ist die höchste Militäruniversität in POLEN, an der sowohl die Luftwaffe als auch das Heer ausgebildet wird. Neben ihr soll es zukünftig nur noch die Marineakademie in Danzig geben.

So kommt es an der AON zur Deutsch-polnischen Zusammenarbeit im militär-akademischen Aufgabenfeld:

Seit 1994 studierten insgesamt 7 deutsche Stabsoffiziere an der AON und 1 Marinestabsoffizier an der Marineakademie in Gdynia im Bereich Generalstabs-/Admiralstabsausbildung und Strategie. Zur Zeit absolviert mit Oberstleutnant i.G. Olaf Werner ein weiterer Stabsoffizier an der AON ein Studium.

Durchschnittlich empfängt die AON bis zu 10 deutsche Delegationen/Arbeitsbesuche pro Jahr.

Seit 1998 ist die Bundeswehr zusätzlich mit einem Verbindungs- und Lehrstabsoffizier an der AON ständig präsent. Z.Z. ist mit Oberstleutnant i.G. Klaus-Peter Kiser der bereits dritte Stabsoffizier auf diesem Posten in Rembertów. Es herrscht vor allem mit der Führungsakademie der Bundeswehr (Hamburg) ein reger Kontakt und Austausch. Dabei ist die gegenseitige Teilnahme an Übungen der wichtigste Bestandteil, um sich auf gemeinsame Aufgaben vorzubereiten.

Ob das offensive Bekenntnis zur Tradition der Wehrmacht seitens der Bundeswehr Anlaß für kritische Fragen oder gar Spannungen ist, läßt sich aus den offiziellen staatlichen Dokumenten nicht herauslesen. Dabei mangelt es der Bundeswehrtradition keinesfalls an direkten Bezügen zu Polen, wie sich am Beispiel des Kasernengeländes der Bundeswehr in Fürstenfeldbruck zeigt.

Dort wird der Todesrichter der polnischen Widerstandskämpferin Krystyna Wituska geehrt. Frau Wituska war am 19. April 1943 vom NS- „Reichskriegsgericht“ wegen „Spionage“ und „Feindbegünstigung“ zum Tode verurteilt worden. Mit nur 24 Jahren starb sie unter einem deutschen Fallbeil in Halle an der Saale. Für das „Feldurteil“ ist u.a. Generalleutnant Ritter von Mann verantwortlich, der dem militärischen Richterkollegium angehörte. Nach ihm ist die „Ritter-von-Mann-Straße“ benannt, die zum Offiziersheim der Bundeswehr in Fürstenfeldbruck führt. Eine Beschwerde gegen die Namensgebung hat das Bundesverteidigungsministerium zurückgewiesen. Die militärische Traditionspflege sei „erschöpfend“ geregelt, heißt es in einem Schreiben, das der Redaktion German Foreign Policy vorliegt.⁵⁷

Ich hoffe, ich konnte Euch auf den vergangenen Seiten einen kleinen Einblick in die Vielschichtigkeit der deutschen Intervention in Polen geben. Einige Dinge sind nicht genannt worden – manche bewußt, wie etwa die unrühmliche Rolle des Klerus und der Religion in der polnischen Bevölkerung, manche Aspekte werde ich übersehen haben, z.B. diejenigen, auf die Ihr mich in Euren Nachfragen und Eurer Kritik bitte hinweisen sollt.

Ed.

FDJ München - Dezember 2005